

Der Sozialdemokratische Pressedienst

teilt mit:

spd/III/145

- 7 -

29. November 48

SPD behält die Führung

Zum Wahlergebnis in Niedersachsen

so. Wie nach den vorangegangenen Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und auch in den Ländern der französischen Zone nicht anders zu erwarten war, haben auch die Wahlen zu den Gemeinde- und Kreisvertretungen in Niedersachsen keine Überraschung gebracht - hier ist sogar das Bild noch weniger verändert.

Verglichen mit den Gemeindewahlen im Jahre 1946 bewegen sich die Verschiebungen bei den einzelnen Parteien nur in der Grössenordnung zwischen ein und noch nicht drei Prozent, wobei natürlich bei der unterschiedlichen absoluten Stärke ein zweiprozentiger Verlust etwa bei der KP unvergleichlich viel schwerer wiegt als beispielsweise bei der SPD.

Die SPD ist die weitaus stärkste Partei geblieben. Das ist angesichts der Tatsache besonders bemerkenswert, dass in den vergangenen zwei Jahren in der Mehrzahl der Gemeindevertretungen die SPD die massgebenden Positionen innegehabt und diese Jahre den Männern, die die Verantwortung trugen, die Arbeit ungeheuer dornenvoll machten. Der Verlust, der als fast unausbleibliche Folge einer mehrjährigen Geschäftsführung in einer Krisenzeit aufzutreten pflegt, hält sich hier in äusserst engen Grenzen. In einzelnen Städten konnten sogar knappe prozentuale Verbesserungen erzielt werden. Man muss weiter berücksichtigen, dass in diesem Wahlkampf alle Parteien gegen die SPD standen und dass demgegenüber die übrigen Frontenbildungen unerheblich waren.

Einen gewissen geringen Stimmenzuwachs haben die CDU und die FDP zu verzeichnen. Es ist durchaus möglich, dass daran Flüchtlingsstimmen in besonderem Masse beteiligt sind. Auch das hängt wieder mit den abträglichen Folgen des Regierungsgeschäftes zusammen: die Flüchtlinge haben in den vergangenen Jahren ihre Forderungen in erster Linie an sozialdemokratisch geleitete Behörden stellen müssen und die fehlenden Möglichkeiten, ihnen wirksam zu helfen, haben viele von ihnen offenbar in das Lager der anderen Parteien, eben der CDU und selbst der FDP, geführt. Beide haben sehr bedenkenlos vor allem mit nationalistischen Parolen gearbeitet und vielfach in den Flüchtlingen Hoffnungen erweckt, die sie selbst niemals werden erfüllen können.

Den stärksten Verlust hat wieder die KP zu tragen. Damit wird die Entwicklung erneut bestätigt, die seit Monaten in ganz West- und Süddeutschland erkennbar ist und über deren Ursachen nichts weiter gesagt zu werden braucht, weil sie allgemein bekannt sind. Der schärfste Feind der KP, mit dem sie nie fertig werden wird, ist die SPD in der Ostzone, solange sie ihre bisherige Politik

der vollkommenen Russlandhörigkeit fortsetzt und den übrigen Parteien den Kampf gegen den Kommunismus leicht macht.

Im übrigen sind in den einzelnen Gemeinden und Kreisen stark unterschiedliche Ergebnisse und manche Überraschungen im einzelnen festzustellen. Auch das ist eine Erscheinung, die man auch in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein beobachten konnte. Sie beweist, dass die Stimmabgabe doch stärker als vielfach angenommen, Ausdruck lokaler Strömungen, Erfahrungen und Hoffnungen war. Die ausgesprochene Rechte, die DP, hat Verluste erlitten, das Zentrum konnte einige Gewinne erzielen.

Ein Wahlkuriosum besonderer Art ist das Ergebnis in der Stadt der Volkswagenwerke in Wolfsburg, wo die Deutsche Rechtspartei, eine rein extremistische Gruppe, die absolute Mehrheit erringen konnte und fast dreimal soviel Stimmen erhielt wie die nächst starke Partei, die SPD. Die Erklärung liegt darin, dass in Wolfsburg sich geradezu eine Kolonie ehemaliger Offiziere und aktiver Soldaten zusammengefunden hat, die es versteht, immer weitere Freunde und Bekannte aus Internierungslagern und aus allen Gegenden Deutschlands heranzuziehen. Die sämtlichen Kandidaten der Deutschen Rechtspartei sind ehemalige Pgs gewesen und viele von ihnen waren Unterführer in der SA. Ein ehemaliger Truppführer, Knöringen, von dem es heißt, dass er Bürgermeister in Wolfsburg werden soll, hat keine Versammlung vorübergehen lassen, ohne sich seiner SA-Vergangenheit zu rühmen.

Verantwortlich: Peter Raunau